

Inhaltsübersicht

Vorwort	III
Allgemeine Literatur	XXI
Abkürzungsverzeichnis	XXV
§ 1 Überblick über die einzelnen Stadien des Strafverfahrens, Ziele des Strafverfahrens, Begriff und Funktionen sowie Rechtsquellen des Strafprozessrechts	1
1. Überblick über das Strafverfahren	1
2. Ziele des Strafverfahrens	5
3. Begriff und Funktionen des Strafprozessrechts	6
4. Abriss der Entwicklung des Strafprozessrechts	12
5. Rechtsquellen des Strafprozessrechts	19
§ 2 Prozessmaximen	23
1. Die Offizialmaxime	23
2. Das Legalitäts- und das Opportunitätsprinzip	24
3. Die Achtung der Menschenwürde sowie der Anspruch auf ein faires Verfahren und daraus ableitbare Prinzipien (rechtliches Gehör, Treu und Glauben, Waffengleichheit)	28
4. Der Anklagegrundsatz	42
5. Das Beschleunigungsgebot	47
6. Die Instruktionsmaxime, der Wahrheitsgrundsatz und die (beschränkte) Dispositionsmaxime	51
7. Das Prinzip der Unmittelbarkeit bzw. der Mittelbarkeit	55
8. Die Prinzipien der Mündlichkeit und der Schriftlichkeit	60
9. Die Dokumentationspflicht	61
10. Der Grundsatz der Öffentlichkeit	64
11. Die Unschuldsvermutung, der Grundsatz in dubio pro reo und der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	71
12. Der gesetzliche Richter	78
§ 3 Aufbau der Strafverfolgungsbehörden und sachliche sowie funktionelle Zuständigkeiten (am Beispiel des Kantons Zürich)	87
1. Bürgerliche Gerichtsbarkeit bei Erwachsenen	87
2. Gerichtsbarkeit gemäss Jugendstrafrecht	93
3. Gerichtsbarkeit gemäss Militärstrafrecht	96
4. Konkurrenzen zwischen verschiedenen Gerichtsbarkeiten	97

§ 4	Die örtliche Zuständigkeit	99
1.	Rechtsnatur der Zuständigkeitsregeln	99
2.	Bestimmungen über die Strafhoheit und die Gerichtsstandsbestimmungen nach Art. 31 ff. StPO	100
3.	Örtliche Zuständigkeit im Erwachsenenstrafrecht	100
4.	Örtliche Zuständigkeit im Jugendstrafrecht	105
5.	Örtliche Zuständigkeit im Militärstrafrecht	105
§ 5	Die Verfahrensbeteiligten	106
1.	Überblick über die am Verfahren beteiligten Privaten	106
2.	Die beschuldigte Person	107
3.	Geschädigte, Opfer, Privatklägerschaft	112
4.	Der Rechtsbeistand (Verteidiger)	119
§ 6	Die Beweise	143
1.	Allgemeines zur Beweislehre	143
2.	Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung und Beweisverbote	145
3.	Parteirechte	162
4.	Personalbeweise	178
§ 7	Die strafprozessualen Zwangsmassnahmen	241
1.	Begriff und Wesen der Zwangsmassnahmen	241
2.	Untersuchungs- bzw. Sicherheitshaft, vorläufige Festnahme, Ersatzmassnahmen sowie Entschädigung bei rechtswidrig angeordneter bzw. unschuldig erlittener Haft	245
3.	Die polizeiliche Vorführung und Fahndung	278
4.	Durchsuchungen und Untersuchungen	280
5.	DNA-Analysen	286
6.	Erkennungsdienstliche Erfassung	289
7.	Beschlagnahme und Edition	290
8.	Geheime Überwachungsmassnahmen	297
§ 8	Die Prozessvoraussetzungen	340
1.	Begriff und Wesen der Prozessvoraussetzungen	340
2.	Folgen beim Fehlen einer Prozessvoraussetzung	341
§ 9	Die Verfahrenshandlungen	346
1.	Begriff und Wesen der Verfahrenshandlungen	346

2.	Private Verfahrenshandlungen	346
3.	Behördliche Verfahrenshandlungen	347
§ 10	Entscheide	349
1.	Arten von Entscheiden	349
2.	Die Rechtskraft	350
§ 11	Die Verfahrensstadien	357
1.	Abgrenzung zwischen sicherheitspolizeilichem Verfahren und Strafverfahren	357
2.	Das Vorverfahren	359
3.	Einstellung des Verfahrens und Anklageerhebung	367
4.	Das erstinstanzliche Hauptverfahren	372
§ 12	Besondere Verfahrensarten	388
1.	Das Strafbefehlsverfahren	388
2.	Das Übertretungsstrafverfahren	401
3.	Das abgekürzte Verfahren	402
4.	Das Verfahren bei selbständigen nachträglichen Entscheiden des Gerichts	418
5.	Das Abwesenheitsverfahren	420
6.	Das selbständige Massnahmeverfahren (Friedensbürgschaft)	423
7.	Das Verfahren bei einer schuldunfähigen Person	424
8.	Das selbständige Einziehungsverfahren	425
9.	Besondere Verfahren	427
§ 13	Rechtsmittel	433
1.	Grundlegung	433
2.	Die einzelnen Rechtsmittel	444
§ 14	Verfahrenskosten, Entschädigung und Genugtuung	464
1.	Grundlegung	464
2.	Die Tragung der Kosten sowie Entschädigung und Genugtuung	466
3.	Kostenentscheid und Rechtsmittel	469
	Stichwortverzeichnis	471

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Allgemeine Literatur	XXI
Abkürzungsverzeichnis	XXV
§ 1 Überblick über die einzelnen Stadien des Strafverfahrens, Ziele des Strafverfahrens, Begriff und Funktionen sowie Rechtsquellen des Strafprozessrechts	1
1. Überblick über das Strafverfahren	1
1.1 Vorverfahren	2
1.2 Hauptverfahren	2
1.3 Rechtsmittelverfahren	3
1.4 Vollzug	3
1.5 Modifikation des Ablaufs des Strafverfahrens in der Realität der Strafrechtspflege	3
2. Ziele des Strafverfahrens	5
3. Begriff und Funktionen des Strafprozessrechts	6
3.1 Begriff des Strafprozessrechts	7
3.2 Funktionen des Strafverfahrensrechts	8
3.3 Das den Konventionen zugrunde liegende Verständnis des Strafprozessrechts	9
4. Abriss der Entwicklung des Strafprozessrechts	12
4.1 Der germanische Rechtsgang	13
4.2 Das Inquisitionsverfahren	14
4.3 Das reformierte Strafverfahren	16
5. Rechtsquellen des Strafprozessrechts	19
§ 2 Prozessmaximen	23
1. Die Offizialmaxime	23
2. Das Legalitäts- und das Opportunitätsprinzip	24
3. Die Achtung der Menschenwürde sowie der Anspruch auf ein faires Verfahren und daraus ableitbare Prinzipien (rechtliches Gehör, Treu und Glauben, Waffengleichheit)	28

3.1	Die Achtung der Menschenwürde	30
3.2	Der Anspruch auf ein faires Verfahren (fair trial, fair hearing)	31
3.3	Der Anspruch auf rechtliches Gehör	34
3.4	Der Grundsatz von Treu und Glauben	37
3.5	Das Prinzip der Waffengleichheit	40
4.	Der Anklagegrundsatz	42
4.1	Der Begriff der Anklage gemäss Konventionsrecht	42
4.2	Der Anklagegrundsatz gemäss nationalem Strafprozessrecht	43
5.	Das Beschleunigungsgebot	47
6.	Die Instruktionsmaxime, der Wahrheitsgrundsatz und die (beschränkte) Dispositionsmaxime	51
6.1	Die Instruktionsmaxime und der Wahrheitsgrundsatz	52
6.2	Die (beschränkte) Dispositionsmaxime	54
7.	Das Prinzip der Unmittelbarkeit bzw. der Mittelbarkeit	55
7.1	Begriffe	55
7.2	Gesetzliche Regelung	56
8.	Die Prinzipien der Mündlichkeit und der Schriftlichkeit	60
9.	Die Dokumentationspflicht	61
10.	Der Grundsatz der Öffentlichkeit	64
10.1	Die Arten der Öffentlichkeit	65
10.2	Ausnahmen vom Öffentlichkeitsgrundsatz	68
11.	Die Unschuldsvermutung, der Grundsatz in dubio pro reo und der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	71
11.1	Die Unschuldsvermutung	72
11.2	Der Grundsatz «in dubio pro reo»	73
11.3	Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	75
12.	Der gesetzliche Richter	78
12.1	Grundsatz	78
12.2	Der Anspruch auf den gesetzlichen Richter	79
12.3	Der Anspruch auf einen unabhängigen und unbefangenen Richter	80
12.31	Unabhängigkeit	80

12.32	Unparteilichkeit, Unbefangenheit und Unvoreingenommenheit	81
12.4	Die Geltendmachung des Anspruchs	86
§ 3	Aufbau der Strafverfolgungsbehörden und sachliche sowie funktionelle Zuständigkeiten (am Beispiel des Kantons Zürich)	87
1.	Bürgerliche Gerichtsbarkeit bei Erwachsenen	87
1.1	Kantonale Untersuchungs- und Anklagebehörden	88
1.11	Polizei	88
1.12	Staatsanwaltschaft als Untersuchungs- und Anklagebehörde	89
1.13	Weitere Behörden	89
1.2	Kantonale Gerichte	90
1.21	Bezirksgericht	90
1.22	Einzelgericht	90
1.23	Zwangsmassnahmengericht	91
1.24	Obergericht	92
1.3	Eidgenössische Strafverfolgungsbehörden	92
1.31	Bundesgerichtsbarkeit	92
1.32	Verwaltungsstrafrecht	93
2.	Gerichtsbarkeit gemäss Jugendstrafrecht	93
2.1	Jugendrichter oder Jugendanwalt als Untersuchungsbehörde	94
2.2	Kantonale Gerichte	95
2.21	Bezirksgericht	95
2.22	Einzelgericht	95
2.23	Zwangsmassnahmengericht	95
2.24	Obergericht	95
2.25	Mediation im Jugendstrafverfahren	95
2.3	Eidgenössische Strafverfolgungsbehörden	96
2.31	Bundesstrafgerichtsbarkeit	96
2.32	Verwaltungsstrafrecht	96
3.	Gerichtsbarkeit gemäss Militärstrafrecht	96
4.	Konkurrenzen zwischen verschiedenen Gerichtsbarkeiten	97
§ 4	Die örtliche Zuständigkeit	99
1.	Rechtsnatur der Zuständigkeitsregeln	99

2.	Bestimmungen über die Strafhoheit und die Gerichtsstandsbestimmungen nach Art. 31 ff. StPO	100
3.	Örtliche Zuständigkeit im Erwachsenenstrafrecht	100
3.1	Regelung der örtlichen Zuständigkeit	100
3.2	Gerichtsstandskonflikte und Gerichtsstandsverfahren	100
3.3	Die Gerichtsstände im Einzelnen	101
3.31	Gerichtsstand des Begehungsortes («forum delicti», Art. 31 StPO)	101
3.311	Ein Handlungs- bzw. Erfolgsort (Art. 31 Abs. 1 StPO)	101
3.312	Mehrere Handlungs- bzw. Erfolgsorte (Art. 31 Abs. 2 StPO)	102
3.32	Gerichtsstand bei strafbaren Handlungen im Ausland (Art. 32 StPO)	102
3.33	Gerichtsstand der Teilnehmer und Mittäter (Art. 33 StPO)	102
3.34	Gerichtsstand bei mehreren an verschiedenen Orten verübten Delikten (Art. 34 StPO)	103
3.341	Gerichtsstand der schwersten Straftat (Art. 34 Abs. 1 Satz 1 StPO)	103
3.342	Gerichtsstand bei gleich schweren Straftaten (Art. 34 Abs. 1 Satz 2 StPO)	103
3.343	Verfahrenstrennung nach Anklageerhebung (Art. 34 Abs. 2 StPO)	104
3.35	Gerichtsstand bei Mediendelikten (Art. 35 StPO)	104
3.36	Weitere Gerichtsstände (Art. 36 f. StPO)	104
3.4	Örtliche Zuständigkeit im Verwaltungsstrafrecht	105
4.	Örtliche Zuständigkeit im Jugendstrafrecht	105
5.	Örtliche Zuständigkeit im Militärstrafrecht	105
§ 5	Die Verfahrensbeteiligten	106
1.	Überblick über die am Verfahren beteiligten Privaten	106
2.	Die beschuldigte Person	107
2.1	Begriff und Stellung der beschuldigten Person	108
2.2	Abgrenzung zum Zeugen	110
2.3	Abgrenzung zur Auskunftsperson	111
3.	Geschädigte, Opfer, Privatklägerschaft	112
3.1	Geschädigte Person	114

3.2	Opfer	115
3.3	Privatklägerschaft	118
4.	Der Rechtsbeistand (Verteidiger)	119
4.1	Der Rechtsbeistand für die beschuldigte Person und andere Verfahrenbeteiligte	121
4.2	Verteidigung im materiellen und formelle Sinn	122
4.3	Der Anspruch der beschuldigten Person auf Verteidigung (im formellen Sinn)	122
4.4	Fakultative und notwendige Verteidigung	124
4.5	Wahlverteidigung und amtliche Verteidigung	125
4.6	Der Anspruch der beschuldigten Person auf effektive Verteidigung	127
4.7	Pflichten der Verteidigung	128
4.8	Rechte der Verteidigung	131
§ 6	Die Beweise	143
1.	Allgemeines zur Beweislehre	143
2.	Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung und Beweisverbote	145
2.1	Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	145
2.2	Beweisverbote	147
2.3	Beweisverwertungsverbote	149
2.31	Die Systematik der Beweisverwertungsverbote	152
2.32	Die Beweisverwertungsverbote im schweizerischen Strafprozessrecht	153
2.33	Die Rechtsprechung des EGMR zu den Beweisverwertungsverbeten	157
2.34	Die durch Private erlangten Beweise	158
2.35	Die den Strafbehörden durch andere staatliche Stellen zur Verfügung gestellten Beweise	160
3.	Parteirechte	162
3.1	Anspruch auf rechtliches Gehör im Allgemeinen, Beweisanträge, antizipierte Beweiswürdigung	164
3.2	Teilnahme- und Fragerechte gegenüber Belastungszeugen und Anspruch auf Vorladung sowie Befragung von Entlastungszeugen	166
3.21	Das Recht auf Teilnahme und Fragerecht bei Belastungszeugen gemäss Konventionsrecht	167

3.22	Das Recht auf Teilnahme an der Erhebung von Entlastungsbeweisen	173
3.23	Die Regelung des Teilnahme- und Fragerechts in der StPO	173
4.	Personalbeweise	178
4.1	Gemeinsame Bemerkungen	178
4.2	Die beschuldigte Person	181
4.21	Begriff der beschuldigten Person	182
4.22	Entscheid über die Beschuldigteneigenschaft und Rollenwechsel	182
4.23	Pflichten und Rechte der beschuldigten Person	183
4.231	Pflichten der beschuldigten Person	183
4.232	Rechte der beschuldigten Person	183
4.24	Einvernahme der beschuldigten Person	186
4.25	Würdigung der Aussagen der beschuldigten Person	188
4.3	Der Zeuge	188
4.31	Begriff des Zeugen	190
4.32	Entscheid über die Zeugeneigenschaft und Rollenwechsel	191
4.33	Pflichten und Rechte des Zeugen	192
4.331	Pflichten des Zeugen	192
4.332	Rechte des Zeugen	193
a)	Zeugnisverweigerungsrechte	193
aa)	Zeugnisverweigerungsrecht aufgrund naher Beziehungen	194
bb)	Zeugnisverweigerungsrecht zum eigenen Schutz oder zum Schutz nahestehender Personen	194
cc)	Zeugnisverweigerungsrecht aufgrund eines Amtsgeheimnisses	195
dd)	Zeugnisverweigerungsrecht aufgrund eines Berufsgeheimnisses	195
ee)	Quellschutz der Medienschaffenden	198
ff)	Zeugnisverweigerungsrecht bei weiteren Geheimhaltungspflichten	199
b)	Weitere Rechte des Zeugen	199
4.34	Befragung des Zeugen	201
4.35	Würdigung von Zeugenaussagen	202
4.4	Die Auskunftsperson	203
4.41	Begriff der Auskunftsperson	203
4.42	Entscheid über die Eigenschaft als Auskunftsperson und Rollenwechsel	205
4.43	Pflichten und Rechte der Auskunftsperson	206
4.431	Pflichten der Auskunftsperson	206

4.432	Rechte der Auskunftsperson	207
4.44	Befragung der Auskunftsperson	208
4.45	Beweiswürdigung	209
4.5	Der Sachverständige	211
4.51	Begriff des Sachverständigen	212
4.52	Unabhängigkeit und Unbefangenheit des Sach- verständigen	214
4.53	Impflichtnahme des Sachverständigen	215
4.54	Gutachtensauftrag	215
4.55	Ausarbeitung des Gutachtens	216
4.56	Beweiswürdigung	217
4.57	Honorierung des Sachverständigen	218
5.	Sachbeweise	220
5.1	Die Beweisgegenstände, insbesondere die Urkunden	220
5.2	Der Augenschein	220
5.3	Bezug von Akten	221
5.4	Berichte und Auskünfte	221
§ 7	Die strafprozessualen Zwangsmassnahmen	241
1.	Begriff und Wesen der Zwangsmassnahmen	241
2.	Untersuchungs- bzw. Sicherheitshaft, vorläufige Festnahme, Ersatz- massnahmen sowie Entschädigung bei rechtswidrig angeordneter bzw. unschuldig erlittener Haft	245
2.1	Tangierte Grundrechte, Begriff und Arten des Freiheitsentzugs ..	246
2.11	Tangierte Grundrechte	246
2.12	Freiheitsbeschränkung und Freiheitsentzug	247
2.13	Terminologisches	249
2.2	Die Anhaltung und Nacheile	249
2.3	Die Untersuchungshaft	250
2.31	Allgemeines	250
2.32	Voraussetzungen für die Anordnung der Untersuchungs- haft	251
2.321	Dringender Tatverdacht	251
2.322	Haftgrund	253
2.323	Haftgrund der Ausführungsgefahr (kein Tatverdacht)	258
2.324	Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes ..	260
2.33	Verfahren bei der Anordnung der Untersuchungshaft ..	262
2.34	Haftentlassungsverfahren	268
2.35	Haftverlängerung	269

2.4	Die Sicherheitshaft	269
2.5	Ersatzmassnahmen für Untersuchungs- und Sicherheitshaft	271
2.6	Die vorläufige Festnahme	272
2.6.1	Tangierte Grundrechte, Begriff der vorläufigen Festnahme	272
2.6.2	Die vorläufige Festnahme im Einzelnen	272
2.7	Vollzug von Untersuchungs- und Sicherheitshaft	274
2.8	Entschädigung bei rechtswidrig angeordneter bzw. unschuldig erlittener Haft	276
3.	Die polizeiliche Vorführung und Fahndung	278
3.1	Polizeiliche Vorführung	278
3.11	Durchsetzung der prozessualen Erscheinenspflicht	279
3.12	Vorführungsbefehl bei dringendem Tatverdacht und Haftgrund	280
3.2	Fahndung	280
4.	Durchsuchungen und Untersuchungen	280
4.1	Allgemeines zur Durchsuchung	281
4.2	Die Hausdurchsuchung	282
4.3	Durchsuchung von Aufzeichnungen, Siegelung	283
4.4	Durchsuchung von Personen oder Gegenständen	285
4.5	Untersuchungen von Personen und Leichen	286
5.	DNA-Analysen	286
6.	Erkennungsdienstliche Erfassung	289
7.	Beschlagnahme und Edition	290
7.1	Allgemeines	291
7.2	Edition	293
7.3	Beschlagnahme	293
7.31	Einschränkungen: Privat- und Berufsgeheimnisse	293
7.32	Beweismittelbeschlagnahme	294
7.33	Beschlagnahme zur Einziehung bzw. zur Rückgabe an den Geschädigten	294
7.34	Beschlagnahme zur Kostendeckung (Sicherstellung von Kosten, Geldstrafen, Bussen und Entschädigungen)	295
7.35	Ersatzforderungsbeschlagnahme	296
8.	Geheime Überwachungsmassnahmen	297
8.1	Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Art. 269–279 StPO)	299
8.11	Allgemeines	299
8.12	Rechtsgrundlagen	300

8.13	Voraussetzungen und Gegenstand der Überwachung	300
8.14	Zuständigkeit der Überwachung	301
8.15	Besondere technische Geräte und Informatikprogramme zur Überwachung des Fernmeldeverkehrs	301
	8.151 Einsatz von besonderen technischen Geräten	302
	8.152 Einsatz von besonderen Informatikprogrammen ..	303
8.16	Verkehrs- und Rechnungsdaten	303
8.17	Genehmigungsverfahren und Beendigung der Über- wachung, Rechtsmittel	304
8.18	Auswertung und Verwertbarkeit der Ergebnisse und Zufallsfunde	305
8.19	Nachträgliche Mitteilung der Überwachung	306
8.2	Überwachung mit technischen Überwachungsgeräten	307
	8.21 Allgemeines	307
	8.22 Voraussetzung und Durchführung	307
8.3	Observation	308
	8.31 Allgemeines	308
	8.32 Voraussetzungen und Zuständigkeit (Art. 282 StPO) ..	308
	8.33 Mitteilung	309
8.4	Überwachung von Bankbeziehungen	309
	8.41 Allgemeines und Genehmigungsverfahren	309
	8.42 Voraussetzungen, Durchführung und Beendigung ..	310
8.5	Verdeckte Ermittlung	310
	8.51 Allgemeines	310
	8.52 Voraussetzungen	311
	8.53 Zuständigkeit und Genehmigungsverfahren	312
	8.54 Zufallsfunde	312
	8.55 Beendigung der verdeckten Ermittlung, Rechtsmittel ..	313
8.6	Verdeckte Fahndung	313
	8.61 Allgemeines	313
	8.62 Voraussetzungen und Zuständigkeit	314
	8.63 Zufallsfunde	314
	8.64 Beendigung der verdeckten Fahndung, Rechtsmittel ..	314
§ 8	Die Prozessvoraussetzungen	340
1.	Begriff und Wesen der Prozessvoraussetzungen	340
2.	Folgen beim Fehlen einer Prozessvoraussetzung	341

§ 9 Die Verfahrenshandlungen	346
1. Begriff und Wesen der Verfahrenshandlungen	346
2. Private Verfahrenshandlungen	346
3. Behördliche Verfahrenshandlungen	347
3.1 Arten und Ausgestaltung von behördlichen Verfahrens- handlungen	347
3.2 Mangelhafte amtliche Verfahrenshandlungen	348
§ 10 Entscheide	349
1. Arten von Entscheiden	349
1.1 Sachentscheide und Prozessentscheide	349
1.2 Verfahrensleitende und verfahrenserledigende Entscheide	350
2. Die Rechtskraft	350
2.1 Allgemeines	350
2.2 Formelle Rechtskraft	351
2.3 Materielle Rechtskraft	351
2.4 Der Grundsatz der Sperrwirkung der abgeurteilten Sache («ne bis in idem»)	351
§ 11 Die Verfahrensstadien	357
1. Abgrenzung zwischen sicherheitspolizeilichem Verfahren und Strafverfahren	357
2. Das Vorverfahren	359
2.1 Das polizeiliche Ermittlungsverfahren	361
2.2 Das Untersuchungsverfahren	364
3. Einstellung des Verfahrens und Anklageerhebung	367
3.1 Bedeutung dieses Verfahrensstadiums	367
3.2 Einstellung des Verfahrens	367
3.3 Anklageerhebung	369
3.31 Allgemeines	369
3.32 Inhalt der Anklage	371
4. Das erstinstanzliche Hauptverfahren	372
4.1 Rechtshängigkeit, Prüfung der Anklage	373
4.2 Durchführung der erstinstanzlichen Hauptverhandlung	374
4.3 Rechtsmittelverfahren	378

§ 12 Besondere Verfahrensarten	388
1. Das Strafbefehlsverfahren	388
1.1 Praktische Bedeutung und rechtsstaatliche Problematik	389
1.2 Voraussetzungen für den Erlass eines Strafbefehls	392
1.3 Inhalt des Strafbefehls	394
1.4 Ablauf des Verfahrens nach Erlass des Strafbefehls	395
1.41 Eröffnung des Strafbefehls	395
1.42 Das Verfahren im Falle einer unterbliebenen bzw. nicht fristgerechten Einsprache	397
1.43 Das Verfahren im Anschluss an eine wirksame Einsprache	398
2. Das Übertretungsstrafverfahren	401
3. Das abgekürzte Verfahren	402
3.1 Charakteristik und rechtspraktische Bedeutung	404
3.2 Gegenstand der Absprache	407
3.3 Dokumentationspflichten	408
3.4 Voraussetzungen der Durchführung eines abgekürzten Verfahrens	409
3.5 Ablauf des abgekürzten Verfahrens	411
3.6 Hauptverhandlung und Entscheid im abgekürzten Verfahren	414
4. Das Verfahren bei selbständigen nachträglichen Entscheiden des Gerichts	418
5. Das Abwesenheitsverfahren	420
6. Das selbständige Massnahmeverfahren (Friedensbürgschaft)	423
7. Das Verfahren bei einer schuldunfähigen Person	424
8. Das selbständige Einziehungsverfahren	425
9. Besondere Verfahren	427
§ 13 Rechtsmittel	433
1. Grundlegung	433
1.1 Begriffe und Gemeinsamkeiten aller Rechtsmittel	433
1.11 Rechtsmittel und Rechtsbehelf	433
1.12 Gesetzliche Regelung der Rechtsmittel	434
1.13 Arten von Rechtsmitteln	435
1.2 Allgemeine Voraussetzungen von Rechtsmitteln	437

1.21	Anfechtbarer Entscheid	437
1.22	Legitimation	439
1.23	Beschwer (Rechtsschutzinteresse)	439
1.24	Kein Verzicht und kein Rückzug des Rechtsmittels	441
1.25	Formelle Voraussetzungen	441
1.26	Suspensivwirkung	442
1.3	Verbot der «reformatio in peius»	442
1.4	Ausdehnung der Wirkung von Rechtsmittelentscheiden im Fall einer Gutheissung	443
2.	Die einzelnen Rechtsmittel	444
2.1	Rechtsmittel bei kantonalen Instanzen	444
2.11	Die Beschwerde	444
2.12	Die Berufung	448
2.13	Die Revision gemäss Art. 410 ff. StPO	453
2.2	Die Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht	456
§ 14	Verfahrenskosten, Entschädigung und Genugtuung	464
1.	Grundlegung	464
1.1	Grundrechtliche Schranken	464
1.2	Begriffe der Verfahrenskosten, der Entschädigung und der Genugtuung	465
2.	Die Tragung der Kosten sowie Entschädigung und Genugtuung	466
2.1	Tragung von Kosten im Allgemeinen	466
2.2	Tragung von Kosten bei fehlerhaften Verfahrenshandlungen und Rückgriff	469
3.	Kostenentscheid und Rechtsmittel	469
	Stichwortverzeichnis	471